

## Koalition fürchtet Vorwurf der Klientelpolitik

Politiker von CDU und FDP warnen vor Atomlobbyismus

VON **CLAUDIA KADE**, BERLIN

Energie- und Umweltexperten von Union und FDP fürchten, dass sich die schwarz-gelbe Koalition mit ihren Plänen zu deutlich längeren Laufzeiten für moderne Atomkraftwerke den Vorwurf der Klientelpolitik einhandelt. „Es kann nicht unser Ziel sein, den Energieversorgern möglichst hohe Gewinne zu ermöglichen“, sagte der FDP-Umweltpolitiker Horst Meierhofer der FTd.

Seine CDU-Kollegin Maria Flachsbarth warnte die Regierung davor, dem Lobbydruck der Kernkraftwerksbetreiber nachzugeben. „Wir brauchen endlich ein vernünftiges Energiekonzept. Dabei darf es nicht darum gehen, irgendwelche Lobbyinteressen zu vertreten. Ich warne vor Überlegungen, wie man Einzelinteressen gerecht werden kann.“

In der Bundesregierung kursieren Überlegungen, die Sicherheitsauflagen für die 17 Atommeiler in

Deutschland zu verschärfen und damit den Weiterbetrieb älterer Anlagen unwirtschaftlich zu machen. Im Gegenzug sollen aber die Strommengen der älteren Kraftwerke auf modernere übertragen werden und diesen Reaktoren dann wesentlich längere Laufzeiten ermöglichen.

Flachsbarth zeigte sich kritisch. „Im Koalitionsvertrag haben wir die Atomkraft als Brückentechnologie eingestuft. Dazu sollten wir stehen: Eine Brücke hat einen Anfang und auch ein klar definiertes Ende“, so die CDU-Umweltpertin.

Die Angst der Koalitionäre vor neuen Vorwürfen der Klientelpolitik ist groß. Denn schon mehrfach hatte sich die schwarz-gelbe Koalition in den Ruch gebracht, Einzelinteressen von Lobbygruppen nachzugeben. So erlebte sie etwa mit der seit Jahresanfang geltenden Mehrwertsteuerermäßigung für Hoteliers ein Fiasko und wurde den Verdacht der Klientelpolitik über

Monate nicht los. Auch in der Gesundheitspolitik waren ähnliche Vorwürfe laut geworden.

Die Atomkraftwerksbetreiber könnten bei einer Verlängerung der Laufzeiten ihrer bereits abgeschriebenen Anlagen Milliardengewinne einstreichen. Nach Berechnungen des Bremer Energieökonomen Wolfgang Pfaffenberger würden die Konzerne bei einer Laufzeitverlängerung um nur acht Jahre je nach Großhandelspreis etwa 27 Mrd. Euro an Zusatzgewinnen kassieren. Dieser Betrag dürfte die Untergrenze der möglichen Zusatzprofite markieren.

Ende August erwartet die Bundesregierung ein Gutachten zu den Folgen verschiedener Laufzeitverlängerungen. Einen Monat später will sie dann auf der Grundlage der Szenarien ein Energiekonzept und neue Atomlaufzeiten beschließen.